

Protokoll über die Sitzung des Fachausschusses „Kinder, Bildung, Junge Menschen“ des Stadtteilbeirates Gröpelingen am 10.04.2024 in der „Schule an der Oslebshauer Heerstraße“, Oslebshauer Heerstraße 115, 28237 Bremen

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr
Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

Nr.: XIV/04/24

Teilgenommen haben:

Beiratsmitglieder

Marina Grünewald
Pierre Hansen
Norbert Holzapfel (i.V.)
Martin Reinekehr

Sachkundige Bürger:innen

Bastian Korn
Larissa Krümpfer
Anja Kulas

Vertreter:innen § 23.5 BeirOG

Timm Brethauer

Verhindert sind:

Yakup Celik

Gäste: Frau Nölle von der Landesverkehrswacht, Andreas Huizenga vom Polizeirevier Gröpelingen und Ingo Matthias vom ReBUZ West

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen

- TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung und des Themenspeichers**
- TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/02/24 vom 07.02.2024 und des Protokolls Nr. XIV/03/24 vom 13.03.2024**
- TOP 3: Gefährdung durch Elterntaxis**
Diskussion mit Eltern, Schulleitungen, Frau Nölle von der „Landesverkehrswacht Bremen e.V.“ und Andreas Huizenga vom Polizeirevier Gröpelingen (Kontaktdienst und Verkehrssachbearbeitung West)
- TOP 4: Vorstellung des „Regionale Beratungs- und Unterstützungszentrum West (ReBUZ)**
Dazu: Ingo Matthias Leiter ReBUZ West
- TOP 5: Aktuelle Situation der Kitas und Schulen im Stadtteil**
Unter anderem Übergang von Klasse 4 zu Klasse 5
- TOP 6: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten**
- TOP 7: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes**

Nichtöffentlicher Teil:

- TOP 8: Entscheidungen in Globalmittelangelegenheiten**
-

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung und des Themenspeichers

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben und die Genehmigung der Tagesordnung und des Themenspeichers ist erfolgt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls Nr. XIV/02/24 vom 07.02.2024 und des Protokolls Nr. XIV/03/24 vom 13.03.2024

Beide Protokolle werden genehmigt.

TOP 3: Gefährdung durch Elterntaxis

Diskussion mit Eltern, Elternvertretern, Schulleitung, Verena Nölle von der Landesverkehrswacht Bremen e.V. und Andreas Huizenga vom Polizeirevier Gröpelingen (Kontaktdienst und Verkehrssachbearbeitung West)

Die Diskussion wird durch Frau Nölle von der Bremer Landesverkehrswacht eröffnet, weil sie kurzfristig doch noch an der Veranstaltung teilnehmen kann. Sie berichtet, dass 25 - 33% der Eltern ihre Kinder regelmäßig mit dem Auto zur Schule fahren. In ihrem Vortrag wird deutlich, dass es nur gemeinsam mit den Schulen gelingen kann, das Problem der Elterntaxis zu verringern. Vor allem durch Kinder, die es ihren Eltern regelrecht „verbieten“ sie zur Schule zu fahren. Dies gelingt vor allem durch eine Stempelaktion, wenn die Kinder, die alleine kommen, dafür einen Stempel als Belohnung bekommen. Diese Aktion muss aber gemeinsam mit der Schule einige Wochen laufen bis sie dauerhafte Erfolge zeigt. Auch die „Schulexpress“-Stationen an der sich Schüler:innen treffen, um gemeinsam einen Teil des Schulweges zurückzulegen zeigen Wirkung. Die Anwesenheit von Polizeibeamt:innen zeigt immer nur kurzzeitig Erfolge, vor allem dann wenn sie vor Ort sind und Busgelder verhängen. Belehrungen der „Taxifahrer:innen“ durch andere Eltern oder die Schulleitung führen oftmals nur zu verbalen Auseinandersetzungen. Es zeigt sich im Laufe der Debatte, dass einige Eltern ihre Kinder vor allem aus Angst nicht allein zur Schule gehen lassen. Sie bleiben bis ihr Kind auch tatsächlich das Schulgebäude betreten hat. Sie berichten in der Diskussion von Kontrollen durch spezielle GPS-Tracker und durch Handys, damit sie als Eltern jederzeit wissen, wo sich ihr Kind befindet. Auch das Modell der sogenannten „Schulstraßen“ wurde kurz diskutiert. Hierzu gibt es in Bremen gerade eine Petition. Laut Frau Nölle verlagert man damit das Problem aber nur eine paar Straßen weiter. Die Anzahl der Elterntaxis nimmt dadurch nicht ab, sondern es verlagern sich nur die Haltepunkte vor die gesperrten Straßen für die Autos. Rechtlich ist die Situation wohl noch unklar, auch wenn einige Kommunen in Deutschland schon einige Straßen direkt vor bzw. an Schulen für den Autoverkehr gesperrt haben.

TOP 4: „Regionale Beratungs- und Unterstützungszentrum West“ (ReBUZ)

Vorstellung der Arbeit durch einen Vortrag, der von Ingo Matthias - dem Leiter des ReBUZ im Bremer Westen - gehalten wird. Ursprünglich war angedacht, dass er von Frau Dr. Kaller / Diplom-Psychologin und stellvertretende Leiterin begleitet wird, diese ist aber verhindert. Herr Matthias schildert mit Hilfe einer PowerPoint Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll) die Entwicklung des ReBUZ in Bremen ab 2004 und beschreibt die Aufgabenfelder, die es für den Bremer Westen übernimmt. Die Folie 13 zeigt, welche Anmeldegründe in welcher Anzahl vorkommen. Er berichtet von der anstehenden Schließung der Fritz-

Gansberg-Schule in Bremen in diesem Jahr. Sie ist eines der letzten Förderzentren in Bremen für verhaltensauffällige Schüler:innen. Diese Kinder sollen zukünftig an ihrer Schule unterstützt werden und dabei Hilfe vom ReBUZ erhalten. Ein Problem ist jedoch das Fehlen von Assistenzen für diese Kinder, denn ohne diese können sie nicht am Unterricht teilnehmen. Die Idee ist gut, aber mit der Durchführung hapert es leider noch etwas. Zeitlebens separiert zu werden kann auch nicht die Lösung sein. Zumal viele Kinder, die ursprünglich aus Förderzentren kommen, jetzt öfter einen Schulabschluss schaffen.

Eine wichtige Aufgabe des ReBUZ ist die Beratung, wenn ein Kind nicht mehr zur Schule geht. Dafür gibt es auch sogenannte temporäre Lerngruppen beim ReBUZ. Auf Nachfrage schildert Herr Matthias die Aufgaben der Fachgruppe LGTBQ beim ReBUZ genauer. Es gibt regelmäßige Netzwerktreffen und den Austausch mit der „Senatorin für Kinder und Bildung“ (SKB) und Kooperationen beispielsweise mit dem „Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e.V.“ an Bremer Schulen. Außerdem können sich betroffene Jugendliche direkt an das ReBUZ wenden.

Grundsätzlich können sich die Schule, die Eltern und die Kinder an das ReBUZ wenden, wenn Probleme auftauchen. Allerdings sind die Beratungsanfragen in der jüngsten Zeit um 40% gestiegen. Das passt zu der grundsätzlichen Entwicklung, dass viele Helfersysteme heutzutage überlastet sind. Das ReBUZ hat erstmalig eine Warteliste und benötigt eigentlich mehr Personal. Damit es die vielen Aufgaben weiterhin gut erledigen kann, sollen zukünftig mehr Gruppenangebote gemacht werden.

TOP 5: Aktuelle Situation der Kitas und Schulen im Stadtteil

Unter anderem Übergang von Klasse 4 zu Klasse 5

Eine Mutter schildert die Problematik, die sich für ihre Familie ergibt, weil ihr Sohn nicht an einer der drei gewünschten Schulen einen Platz erhalten hat. Zunächst sollte er von Oslebshausen sogar nach Huchting fahren. Jetzt hat einen Platz an einer anderen OS im Stadtteil angeboten bekommen, der aber für die Familie trotzdem nicht akzeptabel ist.

Es wird festgestellt, dass es im gesamten Bremer Westen nicht genug Oberschulplätze gibt. Über 200 Kinder haben keinen Platz an ihrer Wunschschule erhalten. Nach der Berücksichtigung der Erstanwahl waren an den Oberschulen schon fast alle Plätze vergeben. Dadurch, dass im Stadtteil immer mehr Grundschulklassen an den bereits vorhandenen Schulen eingerichtet werden und nach den Sommerferien eine zusätzliche neue Grundschule startet, müssen die Plätze an den Oberschulen im Stadtteil dringend ausgebaut werden, damit die Schüler:innen im Stadtteil bleiben können. Der SPD-Antrag „2 weitere Oberschulen für Gröpelingen“ wurde einstimmig angenommen und der weitere SPD-Antrag „Infoveranstaltung zur Gründung der Grundschule Gröpelingen am Schiffbauerweg“ wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Zurzeit gibt es vor dem Gebäude noch nicht einmal ein Hinweisschild, dass dort eine neue Schule hinkommt.

Es wird festgestellt, dass die Antwort der SKB auf den Beschluss des Fachausschusses zur zusätzlichen Klasse der „Ganztagsschule Auf den Heuen“ nicht auf die geforderte Arbeitsgruppe aus Vertreter:innen der Behörde, der Schulleitung und Vertreter:innen des Beirats eingeht. Daher besteht Einigkeit im

Ausschuss darüber, bei der SKB nachzufragen, wann die im Beschluss geforderte Arbeitsgruppe startet.

Der Fachausschusssprecher zeigt Fotos von dem neugeforderten Radweg (der Beschluss dazu wurde im Verkehrsausschuss getroffen), der die Fahrrad- und Fußverkehre an der Schule an der Oslebshauer Heerstraße trennen soll und damit die Verkehrssicherheit an der Schule deutlich verbessern könnte.

TOP 6: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten

Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von „SPD“ und „Die Linke“ „Finanzierung der im Koalitionsvertrag versprochenen Doppelbesetzung sicherstellen“. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der in der vergangenen Sitzung beschlossene Antrag von „Die Linke“ und „SPD“ „Schnell Bildungsangebote für geflüchtete Kinder sicherstellen!“ wurde - anderes als in der vergangenen Sitzung beschlossen - nicht angepasst und weitergeleitet, weil zwischenzeitlich das Thema zum Großteil vom Bremer Senat schon beantwortet worden ist. Es wurde daher einstimmig ein Beschluss zur „Beschulung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) in Bremen und im Stadtteil Gröpelingen“ gefasst, der spezielle Fragen für den Stadtteil Gröpelingen stellt und nach der Sitzung vom Ausschusssprecher noch entsprechend ausformuliert wird, bevor er an die SKB gemailt wird.

TOP 7: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Hierzu liegt nichts vor.

Vorsitz und Protokoll:

Petra Hellmann

Fachausschusssprecher:

Martin Reinekehr